



An die Mitglieder
des Kantonsrates

Sabrina Baumgartner
Leiterin Parlamentsdienst
Tel. +41 71 353 62 58
Sabrina.Baumgartner@ar.ch

Herisau, 4. April 2022

2000.283
Staatsrechnung 2021; Genehmigung

3. Bericht der Kommission Finanzen vom 4. April 2022

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrte Damen Kantonsrätinnen
Sehr geehrte Herren Kantonsräte

Gemäss Art. 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (GO KR; bGS 141.2) erstattet die Geschäftsprüfungskommission Bericht über die Rechtmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Staatsrechnung und stellt dem Kantonsrat Antrag auf Genehmigung.

Die Kommission Finanzen verfasst einen schriftlichen Bericht zu den finanzpolitischen Aspekten der Staatsrechnung. Die Kommission Finanzen hat an ihrer Sitzung vom 14. März 2022 den Regierungsratsbeschluss zum Zwischenbericht zur Staatsrechnung 2021 beraten. Für Auskünfte waren Regierungsrat Paul Signer und Martin Walser, Stv. Leiter Amt für Finanzen, an der Sitzung anwesend. Die definitive Staatsrechnung wurde anlässlich einer Sitzung am 4. April 2022 mit Regierungsrat Paul Signer, Bruno Mayer, Leiter Amt für Finanzen, Claudia Andri Krensler, Leiterin Finanzkontrolle, und der Subkommission Finanzaufsicht der Geschäftsprüfungskommission besprochen.

A. Bemerkungen zur Staatsrechnung 2021

Die Staatsrechnung 2021 schliesst mit einem operativen Ertragsüberschuss von 13.8 Millionen Franken ab. Gegenüber dem Voranschlag 2021 ist das Ergebnis damit um 24.0 Mio. Franken besser ausgefallen. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung wird mit einem Ertragsüberschuss von 40.9 Mio. Franken ausgewiesen. Dieses liegt um 36.26 Mio. Franken über dem Voranschlag 2021.



Folgende grösseren Abweichungen zum Voranschlag 2021 entstanden in der Rechnung 2021 (Kenngrössen):

- Mehrerträge resultieren aus dem gesamten Fiskalertrag (16.3 Mio. Franken), dem Anteil an den direkten Bundessteuern und den Verrechnungssteuern (3.5 Mio. Franken) und der Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) (17.2 Mio. Franken).
- Minderausgaben resultieren bei der Spitalfinanzierung (-5.2 Mio. Franken), der Prämienverbilligungen der Krankenversicherungen (-1.3 Mio. Franken), bei den Ergänzungsleistungen (-0.7 Mio. Franken) sowie bei den Ausgaben für die Schulbeiträge (-1.1 Mio. Franken).

1. Steuerertrag

Der Steuerertrag bei den natürlichen und juristischen Personen fällt gegenüber dem Voranschlag 2021 deutlich höher aus. Bei den Einkommensteuern der natürlichen Personen ist ein Wachstum gegenüber dem Voranschlag von 12.1 Mio. Franken und bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen ein Wachstum von 1.5 Mio. Franken zu verzeichnen. Der wegen der Corona-Pandemie vorgesehene Einbruch des Fiskalertrags in der Höhe von 1.5 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2020 hat sich nicht bewahrheitet. Die Kommission Finanzen hat letztes Jahr die Frage gestellt, inwieweit der prognostizierte Rückgang auf die Pandemie zurückzuführen ist. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als dass die Pandemie 2021 keine negativen Effekte auf die Steuererträge hatte. Gemäss Auskunft des Departementes werden die Erträge zwar von Einmaleffekten begünstigt, es gibt aber ein Periodenwachstum von rund 4.6 %.

2. Personalaufwand

Der Personalaufwand (ohne Betriebe mit Globalkredit) beträgt 82.1 Mio. Franken. Gegenüber dem Voranschlag fällt der Personalaufwand damit um 1.7 Mio. Franken höher aus. Die Corona-bedingten Mehrkosten (Überstunden und zusätzliches Personal) belaufen sich auf 2.7 Mio. Franken. Weitere Mehrkosten sind beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (401'000 Franken) sowie der Staatsanwaltschaft (102'000 Franken) zu verzeichnen. Demgegenüber stehen Minderkosten beim Berufsbildungszentrum von 204'000 Franken. Die Kommission geht davon aus, dass die Corona-bedingten Ausgaben mittelfristig zurückgehen und die Strukturen wieder abgebaut werden.

3. Sachaufwand

Der Sachaufwand (ohne Betriebe mit Globalkredit) fällt im Vergleich zum Voranschlag um 0.2 Mio. Franken höher aus. Mehrkosten sind beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (781'000 Franken für Betrieb der Impf- und Testzentren, Hotline, Zertifikatsstelle), beim Amt für Gesundheit (656'000 Franken für repetitives Testen und Contact-Tracing) und bei der Staatsanwaltschaft (294'000 Franken) zu verzeichnen. Die grössten Minderkosten sind der Strassenrechnung (1.1 Mio. Franken aufgrund von Verzögerungen bei Projekten) und den Kantonsbeiträgen an obligatorische Schulen (564'000 Franken hauptsächlich aus Verzicht Lehrmittelverwaltung) angefallen. Die Kommission nimmt den Abschluss des Sachaufwands zur Kenntnis.

Im Steuerungsbericht II/21 und in der Prognose zur Staatsrechnung 2021 ging der Regierungsrat von Mehrkosten von 1.1 Mio. Franken aus. Die Abweichung zwischen den effektiven Kosten und den erwarteten Kosten aus der Prognose kann nur bedingt auf die Corona-Pandemie zurückgeführt werden. Die Kommission Finanzen unterstützt den Regierungsrat in seinem Bestreben, die Amtsleitenden in der finanziellen Führung zu bestärken, damit die Prognosen in Zukunft verlässlicher werden.



4. Transferaufwand

Der Transferaufwand schliesst gegenüber dem Voranschlag um 8.9 Mio. Franken schlechter ab. Bei den Prämienvorbilligungen der Krankenkassen besteht erneut eine Abweichung von 1.3 Mio. Franken, diesmal ist es jedoch ein Besserabschluss. Die Kommission Finanzen hofft trotzdem, dass die neue Simulationssoftware diesbezüglich bald genauere Prognosen erlaubt.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten in der Spitalfinanzierung erneut gesunken sind. Sie weist darauf hin, dass eine Wertberichtigung der Beteiligung am Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) aus dem Jahresergebnis 2021 des Spitalverbundes im vorliegenden Ergebnis enthalten ist.

5. Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen betragen im Berichtsjahr 34.7 Mio. Franken, budgetiert waren 30 Mio. Franken. Die Abweichungen sind hauptsächlich auf Mehrausgaben durch die Übernahme des Spitals Heiden (13.1 Mio. Franken) sowie auf Minderausgaben in den Bereichen Strassen-, Wasser- und Hochbau sowie für Informatikprojekte begründet.

Die Kommission nimmt erfreut zur Kenntnis, dass das Niveau der geplanten Nettoinvestitionen dieses Jahr erreicht werden konnte, auch wenn die Hauptursache der Überschreitung in der Übernahme der Spitalliegenschaft Heiden liegt. Die Kommission hat schon mehrmals darauf hingewiesen, dass die Investitionsprojekte realistisch geplant und umgesetzt werden sollen.

6. Auswirkungen Schliessung Spital Heiden

Die Rückabwicklung des Spitals Heiden erfolgte über die Investitionsrechnung und es wird aufgrund des für den Kanton zurzeit nicht vorhandenen Nutzens im Verwaltungsvermögen auf null Franken abgeschrieben. Die Kommission Finanzen hat sich gefragt, warum die Liegenschaft ins Verwaltungs- und nicht ins Finanzvermögen aufgenommen wurde. Gemäss Auskunft des Departementes wurde dies in Absprache mit der Finanzkontrolle beschlossen, da der künftige Verwendungszweck noch nicht geklärt ist. Die Liegenschaft hat zwar einen Wert, aber momentan ist noch unklar, was mit der Liegenschaft passiert. Erst wenn das abschliessend geklärt ist, bei einem Verkauf oder einer Vermietung, wird das zurück abgewickelt. Damit entsteht, je nach Verwendungszweck, eine stille Reserve auf dieser Position.

7. Kennzahlen

Die Kennzahlen erster Priorität zeigen alle eine positive Entwicklung. So verbessert sich der Nettoverschuldungsquotient von 14.8 % auf 4.5 %. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 202.7 % noch höher als letztes Jahr. Die Kommission Finanzen begrüsst diese Entwicklungen.

8. Corona

Der Regierungsrat weist die Kosten der Pandemie transparent aus. Insgesamt fielen 6.6 Mio. Franken Nettoausgaben für die Bewältigung der Corona-Krise an. Darunter sind unter anderem Mehrkosten für das kantonale Testzentrum, die kantonale Hotline, das Impfprogramm sowie Unterstützungsleistungen im Kultursektor und Härtefallmassnahmen für die Wirtschaft.



B. Gesamtbeurteilung

Die Staatsrechnung 2021 schliesst mit einem operativen Ertragsüberschuss von 13.8 Millionen Franken ab. Angesichts der grossen Unsicherheiten nimmt die Kommission Finanzen diesen Abschluss positiv überrascht zur Kenntnis. Die Kosten für die Pandemie belasten den Staatshaushalt weniger als gedacht. Den deutlichsten Einfluss auf die Staatsrechnung hatten jedoch Faktoren, die der Regierungsrat nicht oder nur beschränkt beeinflussen kann: die höhere Ausschüttung der SNB, die höheren Steuererträge, den höheren Anteil an Bundes-einnahmen und die Minderausgaben bei der Spitalfinanzierung. Dieser Umstand birgt das Risiko, dass der bessere oder schlechtere Abschluss des Kantons von externen Faktoren abhängig wird, die auf absehbare Zeit auch wieder ändern können (Stichwort Ausschüttung der SNB und Einmaleffekt bei den Steuererträgen).

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der Kanton aufgrund des vorliegenden Jahresabschlusses mit dem ausgewiesenen Ertragsüberschuss sowie der Entwicklung der Kennzahlen anstehende Krisen bewältigen kann, ohne gleich die Handlungsfähigkeit zu verlieren.

Nach der Corona-Pandemie steht mit dem Krieg in der Ukraine die nächste Krise an. Wieder sind die finanziellen Folgen für den Kanton Appenzell Ausserrhoden schwierig einzuschätzen. Wie sich diese Krise auf die Ausgaben für die Unterstützung der Flüchtenden oder auch auf die Steuererträge auswirkt, ist momentan noch völlig offen.

Im Namen der Kommission Finanzen

Oliver Schmid, Präsident

Sabrina Baumgartner, Aktuarin